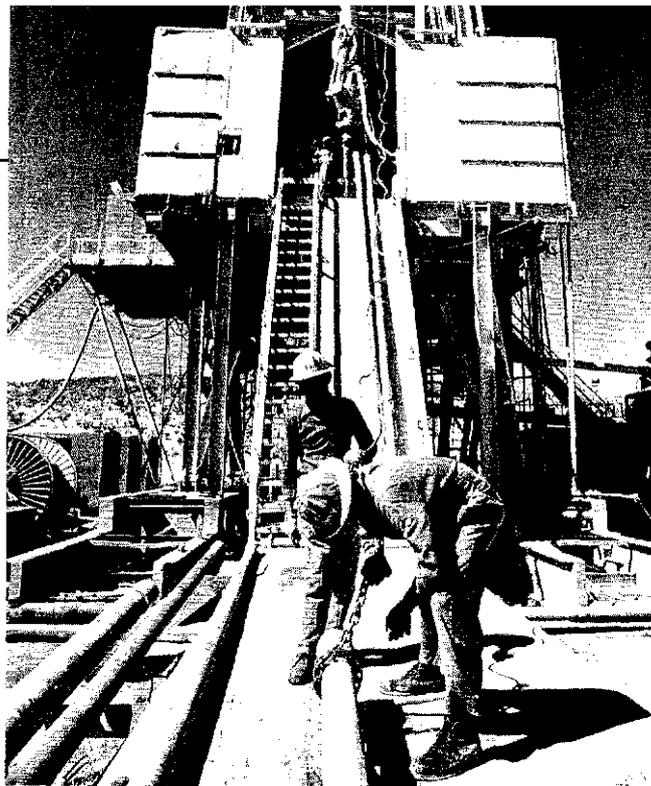


Wirrwarr bei Kinderfreibeträgen

Die Steuervorschriften für Eltern werden von 1981 an noch komplizierter. Dafür sorgen die angeblich „familienfreundlichen“ (Finanzminister Hans Matthöfer) Beschlüsse der Bonner Regierungskoalition. Zusätzlich zum einheitlichen Kindergeld wird dann ein Kindergrundfreibetrag von 800 Mark pro Jahr, Elternteil und Kind gewährt. Dieser Grundfreibetrag mindert die Steuerschuld für alle Steuerzahler um monatlich 29,33 Mark. Eine dritte Vergünstigung, der Kinder-Betreuungsfreibetrag, dürfte mit ziemlicher Sicherheit noch auf Drängen der Bundesratsmehrheit von CDU/CSU hinzukommen. Der Betreuungsfreibetrag (600 Mark je halbes Kind) der Union bringt je nach Einkommen eine Entlastungswirkung zwischen 22 und 56 Mark im Monat. Mit dieser Variante möchte die Opposition ihre besser verdienende Klientel erfreuen. Die Feinregulierung der Kinderbegünstigung ändert aber nichts daran: Alle Bonner Parteien streben weiter unverdrossen eine Vereinfachung des Steuerrechts an.

Stiller Griff nach Iran-Öl

Während US-Außenminister Cyrus Vance versuchte, in Europa Verbündete für einen Wirtschaftsboykott gegen Iran zu finden (SPIEGEL 51/1979), verfolgten die europäischen Ölmultis BP und Shell entgegengesetzte Ziele. So reisten Manager der Shell am vorletzten Wochenende nach Iran, um mit der National Iranian Oil Company über zusätzliche Öllieferungen zu verhandeln. Anfang letzter Woche begannen dann Abgeordnete der britischen BP gleichartige Gespräche. Die beiden Gesellschaf-



Ölförderung in Iran

ten möchten von dem persisch-amerikanischen Konflikt profitieren: Rund 800 000 Barrel (ein Barrel = 159 Liter) Rohöl sind jeden Tag zu haben, seit der Ajatollah Chomeini den Amerikanern kein Öl mehr liefert.

Gericht verordnet Mitbestimmung

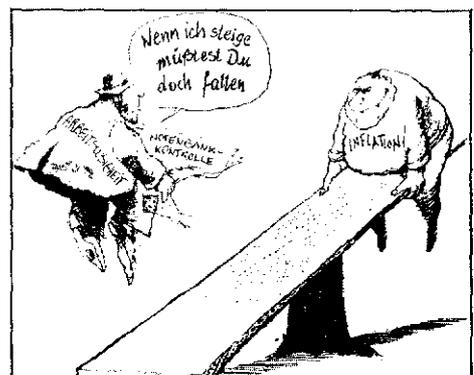
Die Bremer Speditionsfirma Kühne & Nagel muß einen Aufsichtsrat einrichten, in dem Kapital und Arbeit nach den Paritätsregeln des Bonner Mitbe-

stimmungsgesetzes vertreten sind. Das entschied das Landgericht Bremen in der vergangenen Woche nach über zweijähriger Prozeßdauer auf Antrag der ÖTV. Das Transportunternehmen hatte die Arbeitnehmer-Mitsprache abgelehnt, weil es als Kommanditgesellschaft nicht unter das Gesetz falle. Die Richter urteilten jedoch, daß die 3800 Arbeitnehmer der Kommanditgesellschaft ein Mitbestimmungsrecht bei der Kühne & Nagel Speditions-AG hätten, weil diese Aktiengesellschaft die Geschäfte der KG führe. Die Speditionsfirma will das Urteil anfechten. Die Gewerkschaften dagegen sehen in der Bremer Entscheidung einen „Durchbruch“ (ÖTV) und wollen nun auch in ähnlich gelagerten Fällen, etwa bei der Elektrofirma Stiebel Eltron, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer per Gerichtsbeschuß durchsetzen.

USA: Die Rezession ist da

Monatelang rätselten Amerikas Ökonomen, Politiker und Unternehmer: Kommt sie, kommt sie nicht, und wenn ja, wann und für wie lange? Jetzt sind sich alle zumindest in einem einig: Die Rezession ist da. Überaus uneins sind die Experten allerdings darüber, wie heftig diesmal die Flaute nach über vier Boom-Jahren – dem längsten Konjunkturhoch der Nachkriegszeit in den USA – ausfallen wird.

So viel scheint sicher: Im laufenden Quartal wird Amerikas Wirtschaft real um etwa 1,5 Prozent schrumpfen. Im ersten Halbjahr 1980 wird die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts dann noch kräftiger ins Minus driften. Geht die Talfahrt glimpflich ab, könnte schon im Spätsommer, so kalkulieren etliche Ökonomen, ein neuer Aufschwung einsetzen. Die jetzt spürbare Rezession hatten Amerikas Finanzminister William G. Miller und Notenbankchef Paul A. Volcker in Kauf genommen, als sie im Herbst rigoros auf Bremskurs gingen. Weil die Inflation auf immer schnelleres Tempo kam (zuletzt 12,2 Prozent),



Philadelphia Inquirer

schaubte die Notenbank den Diskont auf Rekordhöhe. Gleichzeitig bremsten die Währungshüter drastisch die Zunahme der Geldmenge. In den Sog der US-Flaute könnten zwar leicht auch so exportabhängige Länder wie die Bundesrepublik und Japan geraten. Dennoch kommt die US-Rezession nicht ganz ungelegen: Amerikas Ölnachfrage wird zwangsläufig nachlassen – höchst willkommen angesichts der brenzigen Ölvorsorgung in der westlichen Welt.